

Der Rindfleischbezug in Wien.

Vorläufig keine Erhöhung der Quote.

Die stürmischen Vorgänge, deren Schauplatz vorgestern die Großmarkthalle war, wurden, wie berichtet, einerseits dadurch hervorgerufen, daß die Inhaber farbiger Mindestbemittelteinkaufsscheine auf das Recht des Rindfleischbezuges nicht verzichten wollten, andererseits aber bedeuteten sie einen offenen Protest gegen die Geringfügigkeit der Kopfquote.

Die Fleischzufuhren waren an den beiden ersten Tagen der Neuregelung nicht ungünstig; inselgedessen begab sich Bezirksbürgermeister Hof ins Volksernährungsamt, um für eine Erhöhung der Ration schon aus dem Grunde einzutreten, weil die Käufer naturgemäß trachten, ein gutes Fleisch zu erhalten, das minderwertvolle aber übrigbleibt und der Gefahr des Verderbens ausgesetzt ist. Bis auf weiteres hat aber, wie aus dem Volksernährungsamt verlautet, die Aktion wenig Aussicht auf Erfolg. An eine Erhöhung der Quote kann bis auf weiteres nicht gedacht werden, da nicht genug Ware zur Verfügung steht.

Die Verbraucher werden sich mithin vorläufig mit den 20 Dkg. Rindfleisch abfinden müssen, was leicht möglich wäre, wenn andere Fleischsorten zur Verfügung ständen. Das ist leider nicht der Fall. Kalbfleisch ist bekanntlich vollständig aus dem Verkehr verschwunden, Geflügel kommt wegen der unerschämten Preise für den allgemeinen Konsum nicht in Betracht, das gleiche gilt von Lammfleisch und auch Schöpferneis ist teuer und selten geworden.

Das frische Schweinefleisch, das in den letzten Wochen immer am Samstag in bescheidenen Mengen in der Großmarkthalle zu haben war und das aus den Okkupationsgebieten stammte, ist — wie aus dem Rathaus gemeldet wird — diesmal leider ausgeblieben. Es wird deshalb heute Samstag bloß Rindfleisch zur Verfügung stehen, das nach den Bestimmungen über den Fleischbezug bloß an die Besitzer weißer Einkaufsscheine (Buchstaben M bis Z) zur Ausgabe kommt. Das Auffuchen anderer Fleischsorten in der Großmarkthalle ist deshalb heute vergeblich.

Keine Bevorzugung der Gemeinschaftsküchen.

In der letzten Gemeinderatsitzung wurden, wie berichtet, mehrere Anfragen wegen angeblicher Mehrbelieferung der Gemeinschaftsküchen mit Fleisch eingebracht. Von einer solchen Bevorzugung ist jedoch, wie die Leitungen dieser Küchen erklären, keine Rede. Bis dato erhielten die Gemeinschaftsküchen im Durchschnitt pro Kopf und Woche 50 Dkg. Fleisch; nach dem Inkrafttreten der Rationierung wurde die Quote sofort auf 20 Dkg. herabgesetzt.

Die Lage der Küchen gestaltet sich dadurch schwierig; anderes Fleisch können sie, weil es selten oder zu teuer ist, nicht beziehen; Gemüse ist gleichfalls knapp, von Nahrungsprodukten keine Rede, Kartoffeln im freien Handel nicht zu haben. Nach der Ansicht der Leiterin einer der größten Gemeinschaftsküchen besteht die Gefahr, daß diese Unternehmungen ihren Betrieb werden einstellen müssen, falls sie bei der Fleischversorgung nicht irgendwie bevorzugt werden.

Der Stand der Wiener Fleischversorgung.

Bemerkenswerte Mitteilungen über den Stand der Vieh- und Fleischversorgung gibt ein uns zugewandter Bericht des Unterausschusses für die Bezüge aus der Ukraine, sowie den Vieh- und Fleischverkehr. Diesem Berichte zufolge sind die Verhältnisse so beschaffen, daß an eine Erhöhung der 20 Dekagramm-Quote dormalen kaum gedacht werden kann.

Sinsichtlich der gegenwärtig schwierigsten und wichtigsten Frage der Fleisch- und Fettversorgung, heißt es in dem Bericht, muß festgestellt werden, daß die außerordentlich trüben Verhältnisse auf zurückliegende und zum Teil kaum mehr gutzumachende Vorgänge zurückzuführen sind.

Wien war immer auf ungarisches Vieh (im Frieden 74 Prozent des Bedarfes) angewiesen. Dammehr sollten Niederösterreich, Böhmen, Mähren und Salzburg zur Deckung unseres dringendsten Bedarfes 14.400 Stück monatlich liefern, eine Ziffer, die nicht annähernd erreicht werden kann. Früher betrug das Kontingent 17.500 Stück monatlich bei einem Gewicht von 150 kg. per Stück. Das gegenwärtige Kontingent von 8000 Stück bei einem Stückgewicht von 80 kg. wird nicht erreicht.

Die Bevölkerung der Millionenstadt ist auf die schmalsten Rationen gesetzt und auf unerschwingliche Preise angewiesen. Wenn auch die Einführung des Bezugscheines und die Zentralbeschaffung oder die Gruppenschlachung eine gleichmäßigere Verteilung erwarten läßt, und wenn es selbst gelingen sollte, den Schleichhandel einzudämmen, so werden die auf den Kopf entfallenden Rationen doch so gering sein, daß man auch weiterhin von einem schweren Mangel sprechen muß. Aus Rumänien sind wohl 100.000 Schweine und 300.000 Schafe zu erwarten, wobei mit Deutschland wird geteilt werden müssen. Aber es wäre mehr als unbillig, wenn Ungarn einen Anteil beanspruchen würde.

Der Unterausschuss kommt zu folgendem Schlusse: Das Mißverhältnis zwischen der Bewirtschaftung in Österreich und Ungarn und die einseitige Belastung Österreichs ist unerträglich und der hauptsächlichste Grund für den Mangel der österreichischen Bevölkerung. Die Regierung wird aufgefordert, kein Mittel unversucht zu lassen, um ein gleichartiges Bewirtschaftungssystem in beiden Staaten zu erreichen. Der von der ungarischen Regierung verfolgten Preispolitik, wonach für Österreich bestimmtes Vieh und Fleisch zu wesentlich höheren Preisen abverkauft wird als innerhalb Ungarn, wobei der Mehrerlös zum großen Teil dem ungarischen Fiskus zufließt, beziehungsweise zur Verbilligung des ungarischen Konsums herangezogen und geradezu ein ungeheurer Ausfuhrzoll eingehoben wird, soll mit allem Nachdruck entgegengetreten werden.